



JAHRESBERICHT DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT DER SCHWEIZ 2007



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)

Die DEZA ist die schweizerische Agentur für internationale Zusammenarbeit. Sie gehört zum Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA). Die DEZA führt eigene Programme durch, unterstützt Programme multilateraler Organisationen und beteiligt sich an der Finanzierung von Aktivitäten schweizerischer und ausländischer Hilfswerke. Die wichtigsten Aktionsbereiche sind:

- bilaterale und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit
- humanitäre Hilfe, mit dem Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe (SKH)
- Zusammenarbeit mit Osteuropa.

Die DEZA sichert zudem die Gesamtkoordination der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe mit anderen zuständigen Bundesämtern.

Sie beschäftigt rund 1620 Personen – einschliesslich der lokalen Angestellten – im In- und Ausland. Im Jahr 2007 beträgt das Jahresbudget 1,343 Milliarden Franken. Direktor der DEZA war bis am 30. April 2008 Botschafter Walter Fust. Sein Nachfolger ist Botschafter Martin Dahinden.

Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)

Der Bereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im SECO setzt die wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen der Schweiz zugunsten der Entwicklungs- und Transitionsländer um. Die Hauptziele des SECO sind der Einbezug der Partnerländer in die Weltwirtschaft und die Förderung ihres nachhaltigen Wirtschaftswachstums zur Verminderung der Armut. Es ist zuständig für die Beziehungen der Schweiz zur Weltbankgruppe und zu den regionalen Entwicklungsbanken.

Das SECO gehört zum Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement. Es wird von Staatssekretär Jean-Daniel Gerber geleitet. Der Bereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung beschäftigt 65 Personen und hat 2007 202,5 Millionen Franken ausbezahlt. Der Bereich steht unter der Leitung von Botschafter Jörg Al. Reding, Delegierter des Bundesrates für Handelsverträge.

4

DAS MANDAT

Die internationale Zusammenarbeit der Schweiz

5

AKTIVITÄTEN DER SCHWEIZER ZUSAMMENARBEIT

Multilaterale Zusammenarbeit

6

AKTIVITÄTEN DER SCHWEIZER ZUSAMMENARBEIT

Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS

6

AKTIVITÄTEN DER SCHWEIZER ZUSAMMENARBEIT

Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit

7

AKTIVITÄTEN DER SCHWEIZER ZUSAMMENARBEIT

Humanitäre Hilfe

8

AKTIVITÄTEN DER SCHWEIZER ZUSAMMENARBEIT

Themen und Fachwissen

9

AKTIVITÄTEN DER SCHWEIZER ZUSAMMENARBEIT

Wirtschaftliche Zusammenarbeit

10

STATISTIKEN

19

JAHRESKONFERENZEN



Martin Dahinden



Jean-Daniel Gerber

Editorial

Die Politik der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz mit Entwicklungs- und Schwellenländern stand 2007 mehrmals im Zentrum politischer Debatten. Der Bundesrat, und das Parlament genehmigten drei Rahmenkredite, die es der DEZA und dem SECO erlauben, ihr Engagement in der Humanitären Hilfe und der Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas und der GUS während der kommenden vier Jahre weiterzuführen und den Beitrag an die erweiterte Europäische Union umzusetzen.

Ein ermutigendes politisches Signal für die Zukunft: Das Parlament genehmigte zudem, dass der bewilligte Erweiterungsbeitrag nicht auf Kosten der Entwicklungszusammenarbeit kompensiert wird. Diese Entscheidung war ein Jahr vor der Diskussion über zwei weitere Schlüsselbotschaften – jene über die Weiterführung der Zusammenarbeit mit den Ländern des Südens und jene über die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit – von besonderer Bedeutung.

Die Schweiz zeigt damit, dass sie sich weiterhin entschieden für die Millenniums-Entwicklungsziele einsetzt, auch wenn die Diskussion über die Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe noch im Gange ist. Auch ihre aktive Rolle innerhalb der internationalen Institutionen und regionalen Entwicklungsbanken bezeugt dies.

Seit mehreren Jahren bemühen sich die DEZA und das SECO, die positiven Auswirkungen ihrer Tätigkeit vor Ort zu verstärken. Dementsprechend haben sie, verbunden mit der geografischen und thematischen Konzentration ihrer Aktivitäten, ein Selbstevaluationssystem eingerichtet, das mit der Publikation eines Wirksamkeitsberichts konkretisiert wird. Das parallel zu diesem Jahresbericht veröffentlichte Dokument soll aufzeigen, wie sich die vom Bund umgesetzten Programme in der Praxis auf die begünstigten Bevölkerungsgruppen auswirken.

Martin Dahinden,
Botschafter,
Direktor der DEZA

Jean-Daniel Gerber,
Staatssekretär,
Direktor des SECO

Die internationale Zusammenarbeit der Schweiz

Seit 2004 setzt die Schweiz rund 0,4 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für die Armutsbekämpfung in den Entwicklungs- und Transitionsländern ein, in Übereinstimmung mit den Millenniums-Entwicklungszielen der Vereinten Nationen. Zwei Bundesämter koordinieren die internationale Zusammenarbeit im Auftrag des Bundes: die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO). Eine enge Zusammenarbeit zwischen den beiden ist Garant für die Wirksamkeit des Bundes im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit.

Die Entwicklungszusammenarbeit zielt darauf ab, die Lebensbedingungen der am stärksten benachteiligten Menschen zu verbessern. Die DEZA setzt bei ihrer Arbeit vor allem auf die Schwerpunkte Konfliktprävention und -bewältigung, gute Regierungsführung, soziale Entwicklung, Förderung der Bildung und der Beschäftigung, Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit und Erhaltung der natürlichen Ressourcen. Für das Erreichen dieser Ziele ermutigt sie zur Eigeninitiative und stärkt die Kapazitäten ihrer Partner zur Selbsthilfe.

Die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit der DEZA konzentriert sich auf 14 Schwerpunktländer und 7 Spezialprogramme im Mittleren Osten, in Afrika, Asien und Lateinamerika. Ihr wichtigstes Ziel ist die Armutsbekämpfung. Sie hilft, die ökologischen Probleme zu meistern und achtet auf einen besseren Zugang zu Bildung und medizinischer Grundversorgung für die am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen.

Die wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit des SECO zielen auf die Integration der Partnerländer in die Weltwirtschaft und auf die Unterstützung eines nachhaltigen Wirtschafts-

wachstums zur Verminderung der Armut ab. Es geht vorwiegend darum, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, die Diversifizierung des Handels zu sichern, schweizerische und ausländische Investitionen zu mobilisieren, die Basisinfrastruktur zu verbessern und die Stabilität der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu fördern. Spezielle Aufmerksamkeit gilt den Energie-, Umwelt- und Klimafragen.

Die DEZA und das SECO unterstützen die Staaten Osteuropas und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) beim Übergang zur Demokratie und zur Marktwirtschaft. Sie konzentrieren ihre Aktivitäten auf Südosteuropa und Zentralasien. Diese Unterstützung erfolgt in Form von Wissenstransfer und Finanzhilfen. Die Kernpunkte dieser Zusammenarbeit sind die Errichtung demokratischer Institutionen und die strukturelle Reform der Wirtschaft wie auch der Gesundheits- und Bildungssysteme. Seit 2007 trägt die Schweiz zudem zur Verringerung der sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten innerhalb der erweiterten Europäischen Union bei.

Der DEZA fällt eine weitere Aufgabe zu: die humanitäre Hilfe. Sie leistet in allen Teilen der Welt Überlebens- und Wiederaufbauhilfe für bedürftige Menschen. Sie wird dort angeboten, wo sie am nötigsten ist, und leistet den Opfern von Naturkatastrophen und bewaffneten Konflikten direkte Hilfe. Sie kommt auch in den Bereichen Prävention und Anwaltschaft für die Opfer zum Einsatz.

Auf multilateraler Ebene arbeitet die Schweiz vor allem mit den Organisationen der Vereinten Nationen, mit der Weltbank, den regionalen Entwicklungsbanken sowie mit dem Roten Kreuz und dem Roten Halbmond zusammen.

Einige Zahlen zum Jahr 2007

- 2007 war die DEZA in etwa 1000 Projekten aktiv. Sie beschäftigt rund 620 Personen schweizerischer Nationalität, dazu kommen 1000 lokale Angestellte in den Partnerländern.
- Als Milizkorps kann das Schweizerische Korps für humanitäre Hilfe (SKH) auf rund 700 Fachleute zählen. 2007 wurden 190 von ihnen in 261 Aktionen eingesetzt.
- Der Leistungsbereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des SECO zählt 65 Mitarbeitende. 2007 war er in über 200 Programmen aktiv.



Multilaterale Zusammenarbeit

Als kleines Land ist die Schweiz auf ein gut funktionierendes multilaterales System angewiesen. Sie engagiert sich deshalb auch in den verschiedenen Gremien für eine arbeitsteilige aber koordinierte Arbeitsweise und gute Gouvernanz in den multilateralen Institutionen.

Reformen im multilateralen System: Langsam aber stetig

Das Jahr 2007 zeichnete sich durch eine Reihe von Reformbemühungen im multilateralen System aus. Bei der UNO gingen die Anstrengungen zur Straffung der operationellen Strukturen weiter, auf Landesbasis auch unter dem Titel «one UN». Die Schweiz trug erfolgreich zur Verhandlung der Resolution über die «Triennial comprehensive policy review» (TCPR) bei, welche von der GV im Dezember 2007 verabschiedet wurde. Die TCPR ist das zentrale Orientierungsinstrument bei der Umsetzung der operationellen Aktivitäten des UNO Systems und entsprechender Reformen.

Im Internationalen Währungsfond (IWF) verabschiedeten die Gouverneure im Herbst 2007 die Grundsätze für eine Reform bei den Stimmrechten. Dabei ging es darum, gewissen aufstrebenden Volkswirtschaften (Brasilien, Indien, China) und den Entwicklungsländern eine bessere Vertretung im IWF über die Stimmrechte zu ermöglichen. Entscheide werden für die Frühjahrstagungen 2008 erwartet.

Im Sommer 2007 hat Robert Zoellick (USA) sein Amt als neuer Präsident der Weltbankgruppe angetreten. Die langfristige strategische Ausrichtung der Weltbank wurde von ihm im Oktober präsentiert. Die Bank will den Zielen der Reduktion der Armut und des nachhaltigen und gerechten Wachstums in einem anforderungsreichen globalen Umfeld gerecht werden. Die Schweiz sieht es als eine zentrale Aufgabe, die Reformen in UNO und Internationalen Finanzierungsinstitutionen (IFI) aktiv mitzugestalten. Ziel ist eine arbeitsteilige und effiziente multilaterale Entwicklungsarchitektur.

Entwicklungsfinanzierung, Klimawandel und Entwicklung

Sowohl in der UNO wie in den BWI (Institutionen von Bretton Woods) laufen Vorbereitungen für die Konferenz über die Entwicklungsfinanzierung «Monterrey plus 6» von 2008 in Doha. Dort wird der Klimawandel und die Entwicklung auch ein zentrales Thema sein. Der Human Development Report 2007/2008 vom Dezember 2007 hat das Thema bereits im Vorfeld der Konferenz der UNO-Klimakonvention in Bali thematisiert. Weltbank und Währungsfonds präsentieren ihre Einschätzungen und Strategien zu Fragen der Anpassung und Klimaschutz (Mitigation). Es handelt sich um ein dringliches Politik- und Aktivitätensfeld sowohl der bilateralen wie der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit.

Entwicklungsfonds: Kann die Schweiz noch mithalten ?

Im 2007 fanden eine Reihe von multilateralen Verhandlungen zu den Wiederauffüllungen der Entwicklungsfonds statt. Dies betrifft die Finanzierung der Multilateralen Entschuldungsinitiative (MDRI) und die Wiederauffüllungen der International Development Assistance (IDA15) und des Afrikanischen Entwicklungsfonds (FAD-11). Die Finanzierung dieser multilateralen Finanzierungsgefässe stellt die Schweiz vor grosse Herausforderungen. Bei einem nur wenig wachsenden Budget kann sie den teilweise beeindruckenden Volumensteigerungen bei den Wiederauffüllungen nicht folgen. Entsprechend musste sie ihre Lastenanteile kürzen.



Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS

Das Parlament genehmigte nicht nur die Botschaft über die Weiterführung der Zusammenarbeit der Schweiz mit den Staaten Osteuropas und der GUS, sondern bewilligte darüber hinaus auch eine Erhöhung des Beitrags der Schweiz für die Transitionshilfe in diesen Staaten von 650 auf 730 Millionen Franken. Damit wird der Anteil des Bruttonationaleinkommens, den sie der Öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) zuweist, nicht beeinträchtigt. Zur Erinnerung: Die Transitionshilfe verfolgt das Ziel, die demokratischen Prozesse zu konsolidieren, den Rechtsstaat zu stärken und eine offene und soziale Marktwirtschaft einzurichten.

Nach Abschluss der gründlichen Vorbereitungsarbeiten unterzeichneten die Bundesrätinnen Micheline Calmy-Rey und Doris Leuthard am 20. Dezember 2007 in Bern die bilateralen Rahmenabkommen mit den zehn neuen EU-Mitgliedstaaten. Diese Abkommen regeln die Modalitäten der Umsetzung und Verwendung des Schweizer Beitrags für die europäische Kohäsion in Höhe von einer Milliarde Franken. Der Inhalt dieser Zusammenarbeitsprogramme wird mit jedem der zehn Partnerländer diskutiert und ausgearbeitet. Für deren Umsetzung wurden in den Schweizer Botschaften in Budapest, Prag, Warschau und Riga vier Büros eröffnet.

In den Balkanländern

Trotz des politisch instabilen Umfelds konnten in den Bereichen Regierungsführung und wirtschaftliche Entwicklung in allen Ländern des Westbalkans Fortschritte verzeichnet werden. Die regionale Zusammenarbeit wurde im Rahmen des Stabilitätspaktes mit Massnahmen in den Sektoren Bildung, Gesundheit und Sicherheit verbessert.

Bei den Regionalprogrammen in den Bereichen Kultur, Polizeiwesen und Forschung lag der Akzent auf einer besseren Verankerung der Umsetzung in den Regionen selbst.

In Albanien erlaubte das seit vielen Jahren unterstützte Berufsbildungsprogramm die Umsetzung einer nationalen Strategie. Im Kosovo wurde der politische Dialog im Hinblick auf die Unabhängigkeit erweitert und intensiviert.

Die Programme in Bulgarien und Rumänien wurden abgeschlossen. Eine wichtige Kapitalisierung der Erfahrungen konnte in den Bereichen Gesundheit, ländliche Entwicklung und Dezentralisierung erreicht werden.

In der GUS

In mehreren Staaten und Regionen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten wurden neue Strategien zur Unterstützung der Transitionshilfe vereinbart: Ukraine (2007–2010), Zentralasien (2007–2011), Republik Moldau (2007–2009). Die Ausarbeitung der Strategie für den Kaukasus (2008–2010) erfolgte im Hinblick auf ihre Umsetzung Anfang 2008.

Die instabilen politischen Verhältnisse in mehreren Ländern, namentlich in der Ukraine, in Georgien und Kirgisistan, behinderten die Entwicklung beständiger Strategien in manchen Reformprozessen. Dennoch konnte die Umsetzung der Programme wie vorgesehen weitergeführt werden.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Länder im Westen der GUS Drehscheiben für den Menschenhandel sind, wurden die Grundbedingungen für die Ausarbeitung eines Regionalprogramms zur Prävention und zum Schutz der Opfer festgelegt. Dieses tritt 2008 in Kraft.



Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit

In der bilateralen Zusammenarbeit sind die Harmonisierungs- und Angleichungsprozesse ein konstantes Anliegen geworden; sie zeigen nun in sämtlichen umgesetzten Programmen ihre Wirkung. Ein Kernpunkt bei der Umsetzung dieser

Grundsätze war die Organisation eines multisektoriellen Workshops zum Thema Gesundheit, wo die in Tansania und Zentralamerika gewonnenen Erfahrungen analysiert wurden.

Die Politik der Zusammenarbeit mit Afrika stand erneut im Zentrum der Diskussionen über die Wirksamkeit der internationalen Entwicklungshilfe. Dieses Thema wurde anlässlich der Regionalkonferenz der Schweizer Botschafterinnen und Botschafter und Koordinatorinnen und Koordinatoren im Juli in Dakar breit diskutiert. Es kam auch beim anschliessenden offiziellen Besuch der Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey in sieben Ländern West- und Zentralafrikas zur Sprache.

Verschiedene Zusammenarbeitsstrategien wurden aktualisiert. In vielen Fällen erfolgte diese Aktualisierungsarbeit gemeinsam mit dem SECO.

In Lateinamerika

In Peru und Bolivien geht es darum, die ärmsten Schichten der Bevölkerung stärker am Wirtschaftswachstum teilhaben zu lassen. Dazu wird man die Demokratisierung der Institutionen stärken, die Regierungsführung verbessern, das Wirtschaftswachstum langfristig unterstützen und auf eine sparsame und nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen achten müssen. Priorität wird dabei der Erhaltung der Biodiversität eingeräumt.

In Afrika

Der regionale Ansatz der Programme für das südliche Afrika wurde bekräftigt. Schwerpunkte

sind die Regierungsführung, die Bekämpfung von Aids und die Nutzung der natürlichen Ressourcen. In Tansania liegt die Priorität bei der Verminderung der Armut, dem Wirtschaftswachstum und der allgemeinen Verbesserung der Lebensbedingungen. In Burkina Faso stehen Erziehung und Ausbildung, die Wirtschaftsförderung und die Dezentralisierung fortan im Zentrum der Bemühungen.

Konzentration

Die zunehmende Konzentration der Aktivitäten in den Bereichen der Regierungsführung, des Einkommens und der Beschäftigung wurde fortgesetzt.

Im Hinblick auf die für 2010 vorgesehene Beendigung des Engagements wurde die Rückzugs-Politik in Ecuador und in Bhutan fortgesetzt. In Indien verringerte sich das finanzielle Engagement, während die Umsetzung von Partnerschaftsprogrammen, insbesondere in den Sektoren Energie, Klimaveränderung und Regierungsführung, fortschritt.

Im Bereich des Umweltschutzes wurden zwei mehrjährige Programme lanciert: eines in Peru zur Anpassung an die Klimaveränderung, das andere in der Mongolei zur Bekämpfung der Wüstenbildung.

Humanitäre Hilfe

Die Humanitäre Hilfe des Bundes hat die Aufgabe, bei Krisen, Kriegen und Katastrophen Leben zu retten und Not zu lindern. Sie ist unparteiisch und unbedingt und umfasst vier Bereiche: Prävention und Vorsorge, Nothilfe, Wiederaufbau/Wiederherstellung und Anwaltschaft für die Opfer. Mit einem Drittel ihres Budgets finanziert sie bilaterale Einsätze, zwei Drittel sind für die Unterstützung multilateraler humanitärer Organisationen, insbesondere für das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und für fünf Organisationen der UNO, bestimmt.

Um die erhöhten internationalen Anforderungen bei Katastropheneinsätzen erfüllen zu können, erhielt die Humanitäre Hilfe offiziell die ISO-Zertifizierung für die Soforthilfe «Rapid Response», so der international geläufige Terminus.

Im multilateralen Sektor bemühte man sich besonders um einen besser koordinierten Operationsmodus mit den wichtigsten Partnern. Es

wurde eine Stellungnahme zum Einsatz militärischer Mittel bei Naturkatastrophen vorbereitet.

In Afrika

Im Sudan (Darfur), im Tschad, in der Zentralafrikanischen Republik und im Ostkongo führten die Kämpfe zwischen bewaffneten Gruppen und Regierungskräften sowie die Häufung von Angriffen auf die Zivilbevölkerung zu massiven Fluchtbewegungen der Bevölkerung. Der Zugang zu den Opfern war in West-Darfur und im Osten des Tschads besonders schwierig.

Während das südliche Afrika unter grosser Trockenheit litt, wurde ganz Westafrika, von Mauretanien bis Uganda, von schweren Überschwemmungen heimgesucht. Auch das Horn von Afrika blieb nicht verschont. Zahlreiche Ernten wurden zerstört, was das Bedürfnis nach Nothilfe stark erhöhte.



In Asien und Amerika

Mehrere Naturkatastrophen führten zu Notsituationen und verschlechterten die Lebensbedingungen der betroffenen Bevölkerung beträchtlich. Zur Eingrenzung der schlimmen Auswirkungen dieser Katastrophen entwickelte die Humanitäre Hilfe Programme zum Wiederaufbau widerstandsfähigerer Gebäude. Ergänzt wurden diese Programme mit Aktivitäten zur sozialen und wirtschaftlichen Rehabilitation der Opfer. Sie kam auch im Bereich der Risikoverminderung bei Naturkatastrophen oft zum Einsatz.

Im Nahen Osten

Die Krisen, die den Nahen Osten erschüttern, haben sich noch nicht gelegt; in mehreren Fällen hat sich die Situation sogar verschlimmert. Die Anzahl Menschen, die von der internationalen Hilfe abhängig sind, ist gewachsen. Zu den 4,5 Millionen Flüchtlingen aus Palästina kamen 2 Millionen irakische Flüchtlinge, von denen die meisten nach Jordanien und Syrien geflüchtet

sind, sowie 1,7 Millionen intern Vertriebene. Im besetzten palästinensischen Territorium hat sich die Lage der 3,6 Millionen Einwohner deutlich verschlechtert, vor allem im Gazastreifen, wo der Zugang zur Grundversorgung nicht mehr gewährleistet ist.

In Osteuropa und der GUS

Die Programme in der Republik Moldau, in Weissrussland, in der russischen Föderation (Nordkaukasus, Nordossetien, Inguschetien und Tschetschenien), in Georgien, Armenien, Zentralasien und in der Mongolei wurden weitergeführt. Die grössten Probleme bereiteten die ungelösten Konflikte im Kaukasus. Die Einsatzbereiche umfassten die Integrations- und Rückkehrhilfe für vertriebene Bevölkerungsgruppen, den Zugang zu Wasser, das Gesundheitswesen, die Bildung und die Risikovorsorge bei Naturkatastrophen. Und: Das Programm für die Opfer der Geiselnahme in Beslan wurde abgeschlossen.



Themen und Fachwissen

Die Zahl der prioritären DEZA-Themen wurde auf zehn beschränkt, dazu kommen zwei Transversalthemen: die Gouvernanz und die Gender-Politik. Die neuen Mittelfrist-Strategien sind in Kraft getreten. Sie erlauben eine klarere Positionierung des Bereichs innerhalb der Institution. Damit werden unter anderem der Erfahrungsaustausch zwischen verschiedenen operationellen Bereichen der DEZA gefördert, Synergien zwischen operationeller Tätigkeit in den Partnerländern und der Zusammenarbeit mit multilateralen Organisationen besser genutzt sowie die Mitgestaltung entwicklungspolitisch relevanter Politiken der Schweiz konsequenter angegangen.

Spürbare Fortschritte waren im Bereich des Wissensmanagements (ein entscheidender Aspekt in Bezug auf die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit), der Umsetzung der Gender-Politik und der Gouvernanz zu verzeichnen. Eine neue Strategie im Bildungsbereich, eine Anti-Korruptions-Strategie und eine Jugend- und Entwicklung-Politik wurden gutgeheissen und sind nun in Kraft. Die Partnerschaften mit dem schweizerischen Privatsektor gewannen an Bedeutung. Ein prominentes Beispiel dafür ist die Zusammenarbeit im Malariabereich im Rahmen der Swiss Malaria Group.

Das Thema «Klima und Entwicklung» ist wichtiger geworden. Es wurde eine Road Map verfasst, um dem Engagement im Klimawandel, aufbauend auf den zahlreichen bereits laufenden Projekterfahrungen, noch mehr Bedeutung zu verleihen. Das Engagement umfasst sowohl die Ebene der bilateralen DEZA-Programme und der multilateralen Unterstützungen wie auch die Mitgestaltung der Schweizer Energiepolitik.

Das Instrument «Konfliktsensitives Programm-Management» wurde verbessert und in mehreren Partnerländern (namentlich in der Region der Grossen Seen und in Nepal) eingeführt. Es gibt Aufschluss darüber, ob und wie ein Entwicklungsprogramm zur Gewaltprävention und zur friedlichen Konflikttransformation beitragen kann.

Spezielle Anstrengungen waren im Landwirtschaftsbereich zu verzeichnen, der vor allem in Afrika bei der Verminderung der Armut eine wichtige Rolle spielt. Die DEZA hat sich stets um innovative Lösungen in der Landwirtschaft bemüht und wird dies auch weiterhin tun, insbesondere, um den neuen Herausforderungen Rechnung zu tragen, welche die Anpassung an die Klimaveränderungen und die Produktion von Biotreibstoffen bedeuten.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Mit der Wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung fördert das SECO den Einbezug der Partnerländer in die Weltwirtschaft und ihr nachhaltiges Wirtschaftswachstum zur Verminderung der Armut.

Die Investitionsförderung zielt auf die Verbesserung des Geschäftsumfelds und die Förderung von KMU in den Partnerländern. Ein Schwerpunkt bildet dabei die Unternehmensfinanzierung über Finanzintermediäre, die von der Entwicklungsfinanzierungsgesellschaft Sifem AG (*Swiss Investment Fund for Emerging Markets*) im Auftrag des SECO abgewickelt wird. Im Berichtsjahr wurden Beteiligungen im Umfang von knapp 70 Millionen Franken bewilligt und damit das Engagement des SECO bei der Mobilisierung von Privatinvestitionen in Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa/GUS weiter verstärkt. Die Beteiligungen betrafen Risikokapitalfonds zur Finanzierung von KMU, Finanz- und Mikrofinanzinstitutionen, und eine Leasinggesellschaft.

Die Verlängerung der Leistungsvereinbarung zur Förderung von Importen aus ausgewählten Entwicklungs- und Transitionsländern (SIPPO) wurde vom Bundesrat gutgeheissen. SIPPO konzentriert sich darauf, Produzenten aus Entwicklungs- und Transitionsländern mit Importeuren und Händlern aus der EU und der Schweiz zusammenzubringen. Die *Swiss Organisation for Facilitating Investments* (SOFI) hat nach rund zehn Jahren ihre Ziele erreicht und wird nicht mehr weitergeführt. An ihre Stelle tritt ein neues, stark reduziertes Investitionsförderungsmandat, das sich auf wenige afrikanische Partnerländer konzentriert. Das neue Mandat wird mit dem Mandat der Importförderung (SIPPO) sowie dem Exportfördermandat der Osec unter einem Dach zusammengeführt.

Das Zollpräferenzengesetz und die neue Zollpräferenzenverordnung sind 2007 in Kraft getreten. Die Zollkonzessionen verschaffen den am wenigsten fortgeschrittenen Entwicklungsländern neu einen umfassenden zoll- und kontingentsfreien Zugang für ihre Produkte zum Schweizer Markt. Die Verbesserung der Handelskapazitäten der ärmsten Entwicklungsländer wurde international im Rahmen des *Enhanced Integrated Framework* (EIF) vorangetrieben, einem breit abgestützten multilateralen Prozess, den auch die Schweiz politisch und finanziell mitträgt.

Im Bereich der Unterstützung der Wirtschaftspolitik erlaubte der generell positive Trend bei der Umsetzung der wirtschaftlichen Reformprogramme die vollständige Auszahlung der für 2007 vorgesehenen Budgethilfen an alle Partnerländer, in denen dieses Instrument eingesetzt wird: Ghana, Mosambik, Burkina Faso, Nicaragua, Tansania und Benin. Diese Auszahlungen erfolgten nach einer gründlichen Überprüfung der zuvor vereinbarten Leistungsindikatoren in jedem Land. Die überzeugendsten Resultate wurden bei der Verbesserung der Effizienz der Staatsausgaben, der Stärkung der Haushaltsdisziplin sowie der Öffnung und Liberalisierung der Binnenmärkte erzielt.

Mit der Verbesserung der Basisinfrastruktur fördert die Schweiz Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum und die Lebensbedingungen der Bevölkerung. Die Projekte im Energiesektor konzentrieren sich auf die Erhöhung der Energieeffizienz. Sie leisten damit nicht nur einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Stromversorgung und der finanziellen Gesundheit der Energiebetriebe, sondern auch zur Reduktion des CO₂-Ausstosses. Diesem Ziel dient auch die Erneuerung der Infrastruktur in Wasserkraftwerken. So wurde 2007 die Projektvorbereitung für ein Energieeffizienzprojekt im Kosovo beendet: Mit dem Bau einer neuen elektrischen Unterstation können die häufigen Stromausfälle in der Wachstumsregion Gjilan vermieden und gleichzeitig die hohen Verluste wegen Überlastung des Stromnetzes gesenkt werden.



Statistiken 2007

Einleitung

Diese Statistik umfasst zwei Hauptteile:

- Verwendung der 2007 für die internationale Zusammenarbeit der DEZA und des SECO (Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, WE) vorgesehenen Gelder nach Einsatzbereichen (Zusammenarbeit mit dem Süden, Humanitäre Hilfe und Zusammenarbeit mit dem Osten). Diese Aktivitäten sind nach der geografischen, sektoriellen und thematischen Aufteilung sowie nach den wichtigsten Partnern dargestellt (Seiten 10 bis 15).
- Zahlen der Öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz für das Jahr 2007 (Seiten 16–18) nach Finanzierungsquellen und wichtigsten Hilfskategorien. Die bilaterale APD wird nach Kontinenten und Empfängerländern, die multilaterale APD nach den wichtigsten begünstigten Organisationen aufgeteilt.

Fachliche Anmerkungen

- (i) Bei der Berechnung der APD wird nicht automatisch die Gesamtheit der Ausgaben der DEZA und des SECO (WE) berücksichtigt. Bestimmte Zahlungen an Länder, die nicht auf der Liste der Entwicklungsländer aufgeführt sind, können nicht der APD angerechnet werden (siehe Erklärungen auf Seite 16).
- (ii) Die Statistiken geben Aufschluss über die geografischen und thematischen Schwerpunkte der DEZA und des SECO (WE) im Jahre 2007. Die Zahl der prioritären Länder und Regionen wird ab 2008 verringert (für die DEZA von 17 auf 14 und für das SECO (WE) von 12 auf 7).
- (iii) Die Beteiligung der DEZA und des SECO an der Erweiterung der Europäischen Union ist in dieser Statistik nicht berücksichtigt. Die Projekte, die sich aus den im Dezember 2007 unterzeichneten bilateralen Rahmenabkommen ergeben, werden 2008 schrittweise umgesetzt.

Verwendete Zeichen

- p = provisorisch 0.0 = Betrag ist kleiner als 50'000 Fr.
- = Betrag ist null .. = keine Angaben

Tabelle 1
Überblick Ausgaben DEZA und SECO (WE) 2003–2007 (Mio. Fr.)

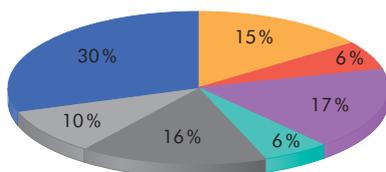
Gesamtausgaben DEZA	2003	2004	2005	2006	2007
Humanitäre Hilfe	272.7	280.9	303.7	301.5	287.1
Entwicklungszusammenarbeit	869.3	896.6	905.1	919.7	959.3
Zusammenarbeit mit dem Osten und der GUS	102.2	107.2	104.2	108.6	96.5
EU-Erweiterungsbeitrag	–	–	–	–	0.2
Total DEZA	1'244.2	1'284.7	1'313.0	1'329.8	1'343.1

Gesamtausgaben SECO (WE)	2003	2004	2005	2006	2007
Entwicklungszusammenarbeit	164.7	166.2	153.9	153.7	149.9
Zusammenarbeit mit dem Osten und der GUS	96.3	96.4	84.5	79.4	52.4
EU-Erweiterungsbeitrag	–	–	–	–	0.3
Total SECO (WE)	260.9	262.6	238.4	233.1	202.6

Grafik 1

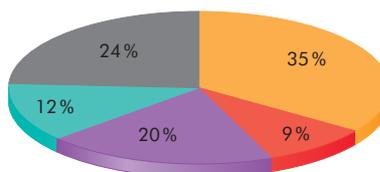
Aufteilung der Ausgaben der DEZA und des SECO (WE) 2007

DEZA



- Afrika
- Lateinamerika
- Asien
- Europa
- Geografisch nicht zuteilbar
- Programmbeiträge an schweiz. NGOs und an das IKRK
- Multilateral

SECO (WE)



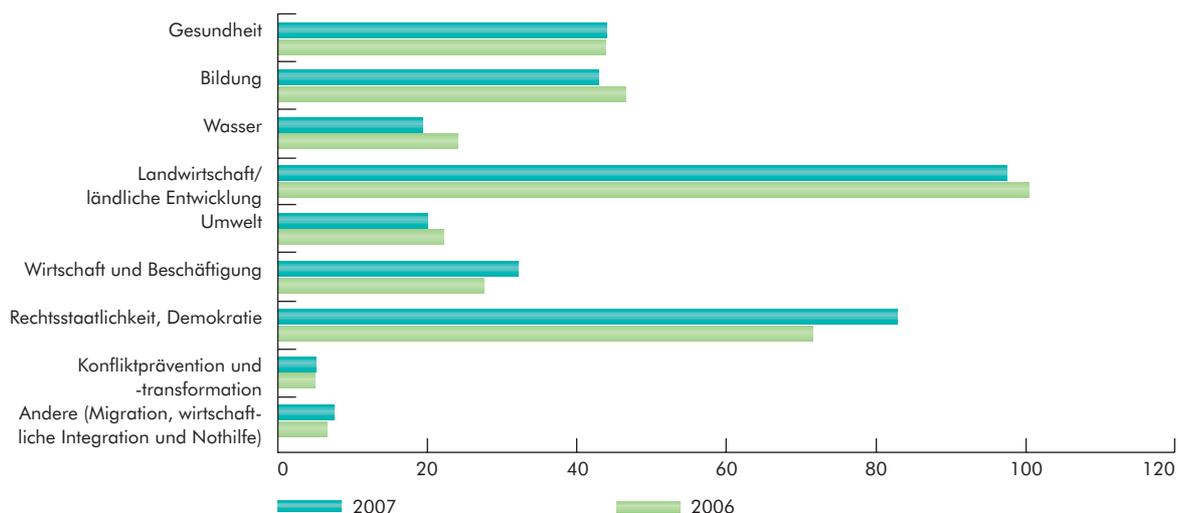
- Afrika
- Lateinamerika
- Asien
- Europa
- Geografisch nicht zuteilbar

Tabelle 2
Partner der DEZA
für bilaterale
Aktivitäten
2005–2007
(Mio. Fr.)

	2005	2006	2007
Schweizer NGOs	218.1	217.7	192.9
<i>davon: Programmebeiträge</i>	59.1	61.8	60.3
Schweizerische Universitäts- und Forschungsinstitutionen	44.8	44.0	44.2
Privater Sektor der Schweiz	44.5	43.2	44.4
Öffentlicher Sektor der Schweiz	16.8	14.8	11.8
UNO-Organisationen, multi-bilaterale Aktionen	114.0	101.7	113.0
Internationale Finanzierungsinstitutionen, multi-bilaterale Aktionen	10.9	12.8	12.9
Andere internationale Organisationen	164.9	173.8	175.7
Organisationen des Südens und Ostens	151.0	160.3	150.6
Direkte Aktionen, Betriebskosten	180.2	179.7	194.2
Total	945.3	947.9	939.5

Die DEZA hat für die Realisierung der von ihr finanzierten Tätigkeiten ein weites Netz von Partnern aufgebaut. Die Zusammenarbeit variiert je nach Art der unterstützten Programme und Projekte und kann verschiedene Formen annehmen: Programmebeiträge, Mandate für die Umsetzung spezifischer Projekte oder Aufgaben und Kofinanzierungen. Die schweizerischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sind weiterhin bevorzugte Partner bei der Verwirklichung von Projekten der Zusammenarbeit mit Ländern des Südens und des Ostens. 19 grosse NGOs und schweizerische Dachorganisationen erhalten einen Programmbeitrag, was der DEZA erlaubt, zahlreiche von diesen Organisationen verwirklichte Projekte zu finanzieren. Die DEZA arbeitet eng mit schweizerischen Forschungs- und Bildungsinstitutionen zusammen, die in der Entwicklungspolitik aktiv sind, und sie entwickelt Synergien mit der Privatwirtschaft. Die DEZA beteiligt sich in Form von Kofinanzierungen und Beiträgen an Programmen und humanitären Aktionen internationaler Organisationen. Die DEZA unterstützt direkt eine grosse Zahl von Partnern im Süden und im Osten, ob es sich dabei um lokale NGOs, regionale Forschungsinstitutionen oder Regierungsinstanzen der Partnerländer handelt.

Grafik 2
Bilaterale Ausgaben der DEZA-
Entwicklungszusammenarbeit
nach Themen
2007 (Mio. Fr.)



Die wichtigste Aufgabe der DEZA ist ihr Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung und zur Verminderung der Armut. Zur Erhöhung der Effizienz und der Kohärenz ihrer Zusammenarbeit mit den Ländern des Südens, konzentriert die DEZA ihre Aktivitäten seit 2007 auf 10 Schwerpunkthemen (zusätzlich zum Wiederaufbau in Notsituationen), die zwar eng miteinander verbunden sind, jedoch zur Verwirklichung unterschiedlicher Teilziele beitragen.

Oben stehende Grafik veranschaulicht die Zuweisung der Ressourcen nach Themen. Die Ausgaben, die keinem Sektor zugewiesen werden können (multisektoriell, Programmebeiträge der NGOs, Betriebskosten) sind hier nicht berücksichtigt. In finanzieller Hinsicht sind die Nutzung der natürlichen Ressourcen (ländliche Entwicklung, Wasser und Umwelt), die Regierungsführung im weitesten Sinne sowie die soziale Entwicklung (Gesundheit und Bildung) weiterhin die wichtigsten Einsatzbereiche der Entwicklungszusammenarbeit der DEZA.

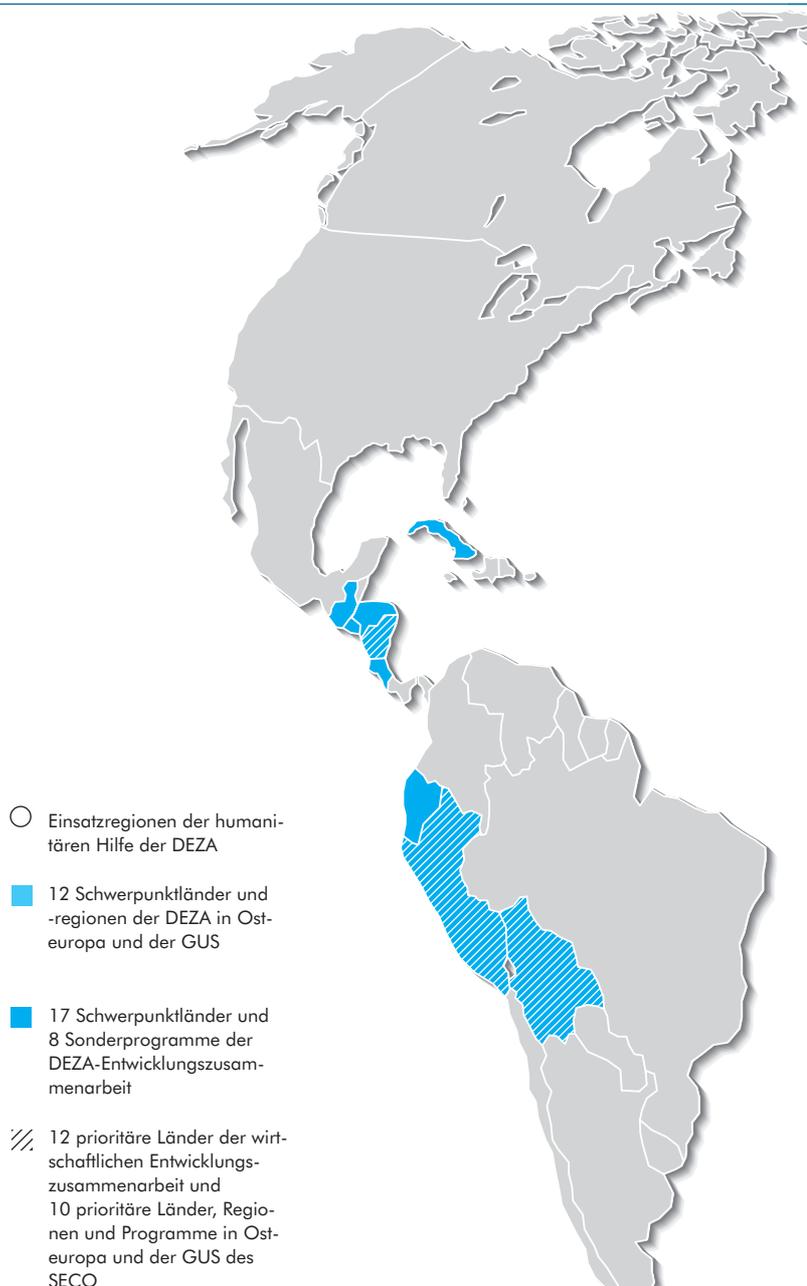
Tabelle 3

Ausgaben DEZA und SECO (WE) nach Schwerpunktländern und -regionen 2007 (Mio. Fr.)

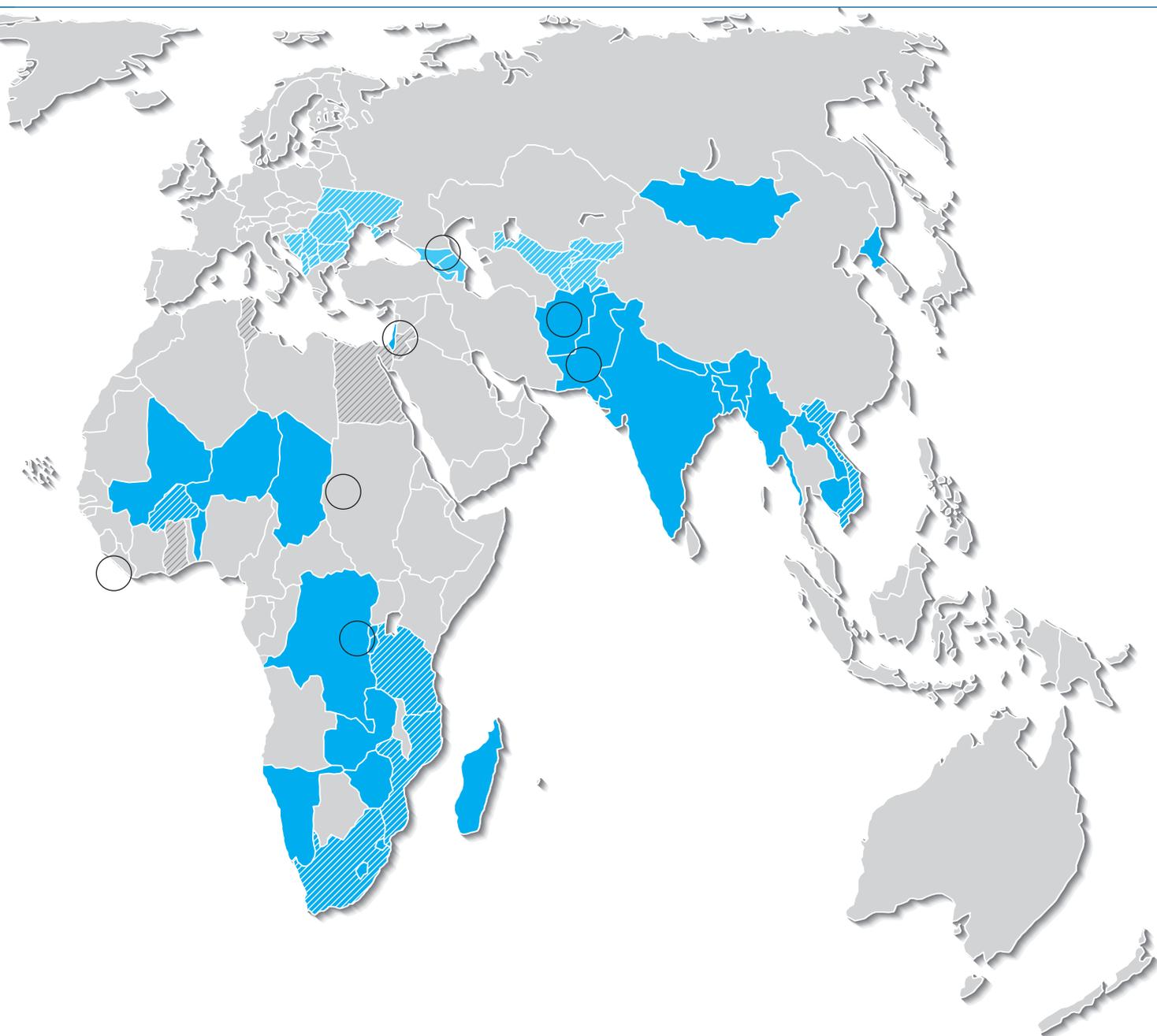
DEZA Zusammenarbeit mit dem Süden	2007	2006
Schwerpunktländer und -regionen	233.6	233.3
Vietnam/Mekong	23.4	22.8
Nicaragua/Zentralamerika	21.3	20.3
Bangladesch	20.7	15.3
Indien	17.1	21.1
Nepal	16.8	17.8
Mosambik	16.4	14.0
Tansania	15.6	17.4
Pakistan	14.7	14.1
Bolivien	12.9	11.4
Burkina Faso	11.8	13.4
Mali	11.2	8.7
Tschad	10.7	9.9
Niger	10.3	10.4
Peru	9.3	11.5
Benin	8.7	10.2
Ecuador	7.6	8.9
Bhutan	5.2	6.2
Spezialprogramme	76.3	70.4
Gaza und Westjordanland	15.3	12.7
Afghanistan	14.6	11.7
Südafrika/Südliches Afrika	13.8	17.8
Ruanda/Grosse Seen	13.4	9.7
Madagaskar	6.2	7.2
Mongolei	5.8	4.0
Nordkorea	3.6	4.7
Kuba	3.5	2.4
Andere Aktivitäten	271.0	261.8
Andere Länder und Regionen	43.6	45.6
Programmbeiträge an NGOs	60.3	61.8
Beiträge und Mandate an Organisationen	73.9	76.9
Betriebskosten	93.2	77.6
Total	580.9	565.5

Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit	2007	2006
Allgemeine Beiträge an internationale Organisationen	378.4	354.2

DEZA humanitäre Hilfe	2007	2006
Einsatzregionen	73.8	93.9
Grosse Seen	15.4	15.2
Sudan/Tschad	14.9	15.8
Liberia	8.3	7.2
Afghanistan	6.8	8.9
Südkaucasus	6.3	7.8
Jordanien, Syrien, Libanon	6.0	15.1
Pakistan	5.8	7.9
Gaza und Westjordanland	5.7	10.1
Nordkaucasus, Russland	4.7	6.0
Andere Aktivitäten	213.4	207.6
Andere Länder und Regionen	77.7	74.3
Allgemeiner Beitrag an das IKRK	70.0	70.0
Allgemeine Programme, Logistik und Betriebskosten	40.5	35.6
Beiträge an internationale Organisationen	25.1	27.7
Total	287.1	301.5



DEZA Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS	2007	2006
Schwerpunktländer und -regionen	70.7	77.6
Zentralasien	20.2	18.4
Bosnien-Herzegowina	9.8	10.6
Südkaucasus	8.2	8.6
Serbien (ohne Kosovo)	7.5	6.9
Albanien	7.1	8.7
Mazedonien	6.2	5.5
Ukraine	5.3	7.5
Bulgarien	3.2	5.8
Rumänien	3.2	5.5
Spezialprogramme der DEZA	12.8	16.1
Kosovo	6.4	7.6
Republik Moldau	4.1	4.7
Russland	2.4	3.7
Andere Aktivitäten	13.0	14.9
Thematische Regionalprogramme Westbalkan	6.7	7.1
Andere Länder und Regionen und Betriebskosten	6.3	7.8
Total	96.5	108.6



SECO Entwicklungszusammenarbeit	2007	2006
Schwerpunktländer und -programme	83.1	79.9
Ghana	15.8	17.0
Vietnam	12.6	8.7
Mosambik	9.5	11.6
Tansania	9.2	12.1
Burkina Faso	8.9	9.3
Ägypten	7.7	2.5
Nicaragua	7.6	7.9
Südafrika	6.7	5.5
Peru	3.4	1.7
Bolivien	0.9	1.8
Jordanien	0.7	0.7
Tunesien	0.1	1.2
Verschiedenes	66.8	73.8
Regionalprogramme und andere Länder	24.2	40.1
Verschiedene Beiträge und Administrativkosten	42.6	33.7
Total	149.9	153.7

SECO Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS	2007	2006
Schwerpunktländer, -regionen und -programme	35.2	60.1
Zentralasien	15.0	23.6
Aserbaidschan	5.7	2.2
Kosovo	3.5	1.2
Bosnien-Herzegowina	3.1	1.1
Albanien	1.7	2.5
Serbien	1.4	13.0
Rumänien	1.3	10.5
Ukraine	1.3	3.4
Mazedonien	1.3	1.5
Bulgarien	0.9	1.3
Verschiedenes	17.2	19.3
Regionalprogramme und andere Länder, Administrativkosten	17.2	19.3
Total	52.4	79.4

Grafik 3
Humanitäre Hilfe nach Aufgabefeldern (Mio. Fr.)

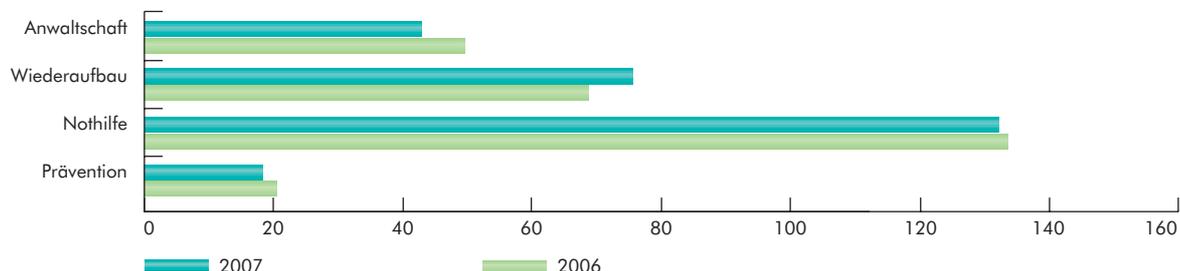


Tabelle 4
Humanitäre Hilfe der DEZA 2007 (Mio. Fr.)

	Allgemeine Barbeiträge	Ausser-ordentliche Barbeiträge	Nahrungsmittelhilfe	Total
Internationale Organisationen	25.1	48.6	21.1	94.8
Welternährungsprogramm (WFP)	2.0	16.1	20.0	38.0
UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR)	11.0	14.2	–	25.2
UNO-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)	10.0	1.8	–	11.8
UNO-Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA)	1.7	11.7	–	13.3
Kinderhilfsfonds der UNO (UNICEF)	–	1.2	–	1.2
Andere internationale Organisationen	0.5	3.7	1.2	5.3
Organisationen des Internationalen Roten Kreuzes	70.8	28.7	–	99.5
Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)	70.0	26.9	–	96.9
Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (IFRCRCS)	0.8	1.8	–	2.6
Bilaterale Einsätze und Administrativkosten	–	80.8	12.0	92.8
Schweizer NGOs	–	16.0	8.4	24.4
Internationale und ausländische NGOs	–	10.4	0.0	10.4
Direkte Aktionen des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe (SKH) und der Rettungskette	–	26.4	3.4	29.8
Betriebs- und Personalkosten	–	27.9	0.3	28.2
Total humanitäre Hilfe 2007	95.9	158.1	33.2^{a)}	287.1
Total humanitäre Hilfe 2006	98.4	169.6	33.5	301.5

a) 19 Mio. Fr. für schweizerische Milchprodukte und 14 Mio. Fr. für Getreide

Grafik 4
Einsätze des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe (SKH) 1997–2007

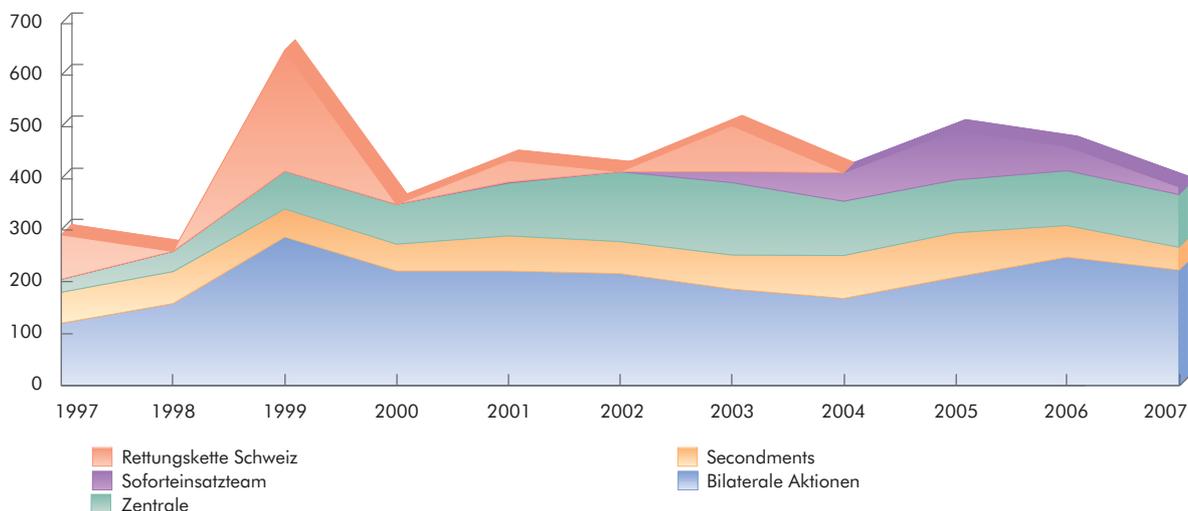


Tabelle 5
SECO (WE) –
Entwicklungs-
zusammenarbeit
nach Instrumen-
ten und Konti-
nenten 2007
(Mio. Fr.)

Instrumente	Afrika	Latein- amerika	Asien	Andere	Total
Makroökonomische Hilfe	34.8	7.2	1.0	4.6	47.6
Infrastrukturfinanzierung	8.8	1.2	1.6	0.1	11.7
Handelsförderung	4.9	4.5	5.1	12.3	26.8
Investitionsförderung	16.8	5.6	10.6	18.4	51.4
Studien und verschiedene Massnahmen	4.8	0.1	0.3	7.3	12.4
Total 2007	70.1	18.5	18.6	42.7	149.9
Total 2006	85.2	16.6	18.2	33.7	153.7

Tabelle 6
Zusammenarbeit
DEZA und SECO
(WE) mit Ost-
europa und der
GUS 2007
(Mio. Fr.)

DEZA technische Zusammenarbeit nach Sektoren	Westbalkan	GUS ^{a)}	Nicht zuteilbar	Total
Rechtsstaatlichkeit, Demokratie <i>davon: Kultur und Forschung</i>	18.6 3.0	7.6 0.9	0.3 –	26.5 3.9
Gesundheit	6.9	11.5	0.2	18.5
Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	3.7	7.8	–	11.5
Umwelt, Wasser	4.4	4.8	0.1	9.3
Erziehung	5.8	1.9	0.0	7.8
Wirtschaft und Beschäftigung	3.2	1.0	0.0	4.3
Konfliktprävention und -transformation	0.9	1.2	–	2.1
Andere Sektoren	11.9	4.3	0.4	16.6
Total DEZA 2007	55.5	40.1	1.0	96.5

SECO wirtschaftliche Zusammenarbeit nach Instrumenten	Westbalkan	GUS ^{a)}	Nicht zuteilbar	Total
Infrastrukturfinanzierung ^{b)}	9.9	19.3	–	29.2
Handelsförderung	2.0	1.2	2.4	5.7
Investitionsförderung	5.4	4.6	2.3	12.2
Makroökonomische Hilfe	0.2	0.5	–	0.7
Andere Instrumente	4.1	0.1	0.3	4.6
Total SECO 2007	21.7	25.7	5.0	52.4

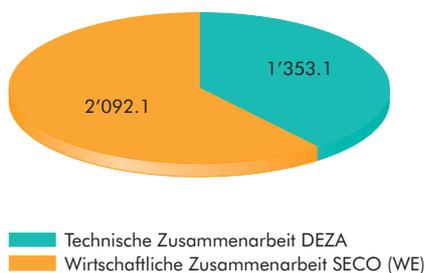
Total DEZA/SECO 2007	77.2	65.8	6.0	148.9
Total DEZA/SECO 2006	105.3	75.0	7.8	188.1

a) Gemeinschaft Unabhängiger Staaten

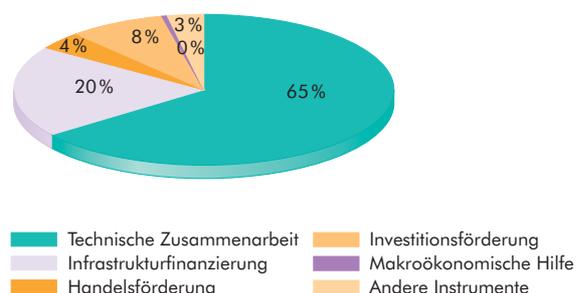
b) darunter Projekte in den Sektoren Energie, Wasser und Umwelt

Grafik 5
Zusammenarbeit
DEZA und SECO
(WE) mit Osteuropa
und der GUS nach
Instrumenten
(Mio. Fr.)

Total der Verpflichtungen per Ende 2007 (Rahmenkredite I–IV)



Total der Auszahlungen 2007



Definition

Der Begriff der Öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) umfasst gemäss internationaler Definition alle Finanzströme an Entwicklungsländer und -regionen sowie an die im Bereich Entwicklungshilfe tätigen multilateralen Organisationen, die (i) aus dem öffentlichen Sektor stammen; (ii) vorrangig auf die Erleichterung der wirtschaftlichen Entwicklung und die Verbesserung der Lebensbedingungen abzielen; und (iii) zu Vorzugskonditionen gewährt werden.

Richtlinien zur Berechnung der APD

Um die Vergleichbarkeit und Transparenz der APD-Leistungen sicherzustellen, hat der Entwicklungshilfeausschuss (DAC) der OECD umfassende statistische Richtlinien ausgearbeitet, welche die Berechnungsgrundlagen der Mitgliedsländer regelt. Diese Richtlinien definieren die Aktivitäten und Beiträge im Definitionsbereich der APD und listen die Länder und internationalen Organisationen auf, denen die APD zukommt. Diese Richtlinien werden periodisch aktualisiert.

Die Liste der Empfängerländer wurde 1969 vom DAC erstellt und wird periodisch überarbeitet, um den wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen Rechnung zu tragen. Die aktuelle Liste der Nutzniesser der APD umfasst alle Länder mit geringem und mittlerem Einkommen, zurzeit 152 Entwicklungsländer und -regionen, mit Ausnahme der G8-Länder und der Mitglieder der Europäischen Union.

Die Liste der internationalen Organisationen führt alle Organisationen auf, deren allgemeine Beiträge der APD angerechnet werden können.

Die Leistungen der Geberländer des DAC werden gewöhnlich anhand der Procente der APD am Bruttonationaleinkommen (BNE) gemessen.

Berechnung der APD der Schweiz

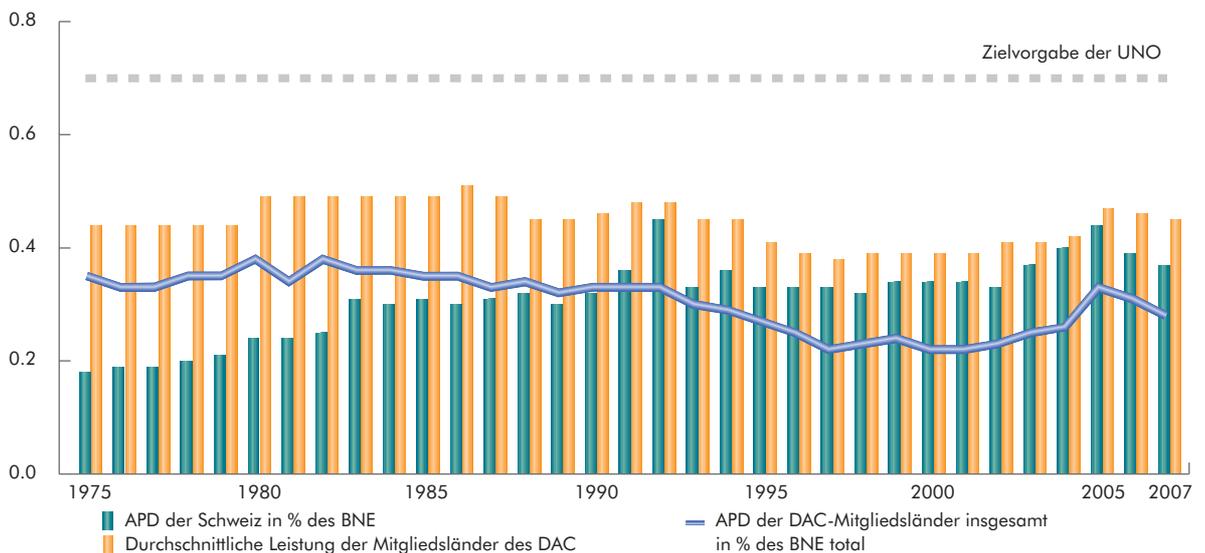
Die Berechnung der APD der Schweiz entspricht den internationalen Richtlinien. Um sich systematischer nach der Berechnungspraxis der Mehrheit der DAC-Geberländer zu richten, hat die Schweiz in den letzten Jahren einige statistische Anpassungen bei der Berechnung ihrer APD vorgenommen. In der APD eingeschlossen sind: Seit 2003 die bilateralen Entschuldungsmassnahmen, die den Entwicklungsländern im Rahmen des Pariser Klubs gewährt werden; seit 2004 die Kosten für Asylbewerber aus Entwicklungsländern während ihres ersten Jahres in der Schweiz; und seit 2005 militärisches Material für humanitäre Zwecke.

Zusammensetzung der APD der Schweiz

Institutionell gesehen umfasst die APD der Schweiz im Wesentlichen die Ausgaben der DEZA und des SECO (Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, WE). Weitere Bundesämter sowie 24 Kantone und rund 200 Gemeinden beteiligen sich an der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz.

Grafik 6

APD in % des BNE der Schweiz und der Mitgliedsländer des DAC 1975–2007



Die Tendenz zur Abnahme der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) aller Mitgliedsländer des Entwicklungshilfeausschusses (DAC) der OECD hat sich 2007 fortgesetzt. Der kumulierte Betrag der APD betrug 103.7 Milliarden US-\$, was einem realen Rückgang von 8.4% im Jahr 2007 entspricht. Diese Abnahme ist mit dem Ende der ausserordentlichen Entschuldungsmassnahmen zu erklären. Zusammen betrug die Leistung der DAC-Länder (Durchschnitt des Prozentsatzes APD/BNE der einzelnen Länder) 0.45%, das sind 0.01% weniger als 2006. Mit 0.37% liegt die Schweiz unter den 22 DAC-Ländern in Prozenten APD/BNE auf Rang 13, in absoluten Zahlen auf Rang 16.

Die meisten Geberländer werden die angekündigte Erhöhung der Hilfe nicht umsetzen können. 2007 erreichten nur fünf Länder (Dänemark, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Schweden) das von den Vereinten Nationen 1970 für die APD festgelegte Ziel von 0.7%. Zwei weitere Länder (Irland und Österreich) lagen über dem Durchschnitt von 0.45%.

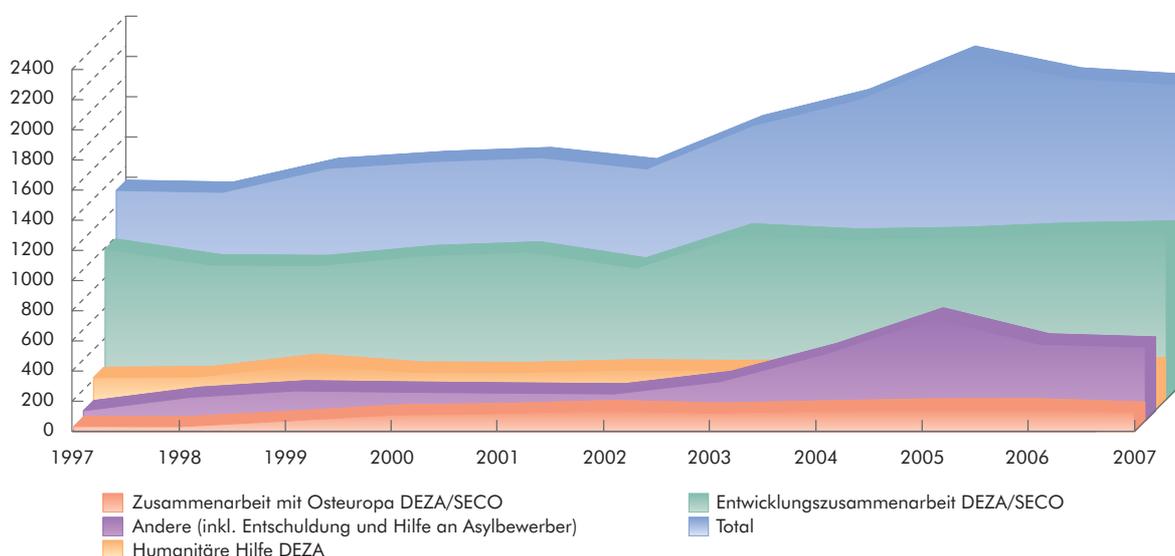
Tabelle 7
Öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz 2007
 (Mio. Fr.)

	2007			2006		
	APD bilateral	APD multi-lateral	Total APD	APD bilateral	APD multi-lateral	Total APD
Bund	1'486.3	495.0	1'981.3	1'537.8	491.8	2'029.6
Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)	923.2	419.5	1'342.6	921.2	427.0	1'348.2
Humanitäre Hilfe	256.7	25.1	281.9	267.3	27.7	295.0
Entwicklungszusammenarbeit	579.6	394.3	973.9	562.7	399.3	962.0
Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS	86.8	–	86.8	91.1	–	91.1
Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)	254.2	2.6	256.9	319.2	6.7	325.9
Entwicklungszusammenarbeit	141.7	2.6	144.3	136.4	6.7	143.1
Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS	42.0	–	42.0	60.1	–	60.1
Entschuldungsmassnahmen (Pariser Klub)	70.5	–	70.5	122.7	–	122.7
Bundesamt für Migration (BFM)	192.3	–	192.3	179.7	–	179.7
Rückkehrhilfe	9.3	–	9.3	13.8	–	13.8
Hilfe an Asylbewerber in der Schweiz	182.9	–	182.9	165.9	–	165.9
Politische Abteilung IV und Direktion für Völkerrecht (EDA)	48.1	7.9	56.0	45.3	4.0	49.3
Zivile Friedensförderung und Menschenrechte	48.1	7.9	56.0	45.3	4.0	49.3
Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)	52.1	8.4	60.5	57.1	4.0	61.1
Friedensfördernde Massnahmen und Sicherheit	40.9	8.4	49.3	41.0	4.0	45.0
Ausrüstung zu humanitären Zwecken	11.2	–	11.2	16.2	–	16.2
Andere Bundesämter	16.5	56.6	73.1	15.2	50.2	65.4
Kantone und Gemeinden	39.1^P	–	39.1^P	33.7	–	33.7
Total	1'525.5	495.0	2'020.5	1'571.4	491.8	2'063.3
APD in % des Bruttonationaleinkommens (BNE)			0.37 %			0.39 %

2007 nahm die öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz weiter ab und betrug 0.37 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) gegenüber 0.39 % 2006 und 0.44 % 2005. Die APD belief sich auf 2'020 Millionen Franken, was einer realen Abnahme von 3 % im Vergleich zu 2006 entspricht. Diese Abnahme ist im Wesentlichen auf die geringeren Aufwendungen für die Entschuldungsmassnahmen im Jahr 2007 zurückzuführen.

Die Aufteilung nach Hilfskategorien hat sich gegenüber 2006 wenig verändert. Der Anteil der Entwicklungszusammenarbeit der DEZA und des SECO in der APD hat sich um 55 % stabilisiert. Die Anteile der humanitären Hilfe und der Zusammenarbeit mit dem Osten der DEZA und des SECO haben wenig variiert (14 % und 6 %). Die Beiträge aus anderen Bundesämtern, Kantonen und Gemeinden, einschliesslich der statistischen Anpassungen, machen 24 % des Totals aus.

Grafik 7
Öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz nach Hilfskategorien 1997–2007
 (Mio. Fr.)



Grafik 8

Aufteilung der bilateralen APD nach Kontinenten 2007 (Mio. Fr.)

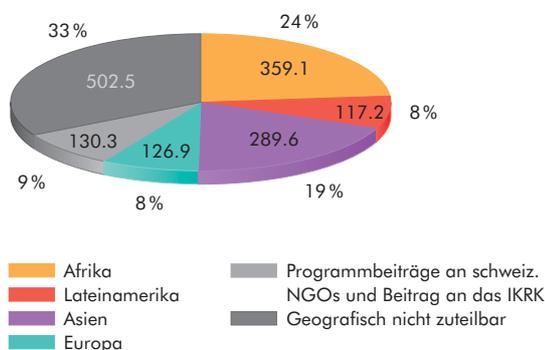


Tabelle 8

Bilaterale APD nach Einkommenskategorien 2007 (Mio. Fr.)

	2007	2006
Länder am wenigsten entw. (LDC)	328.0	312.5
Länder mit geringem Einkommen	196.6	237.0
Länder mit mittlerem Einkommen	272.6	374.2
Programmebeiträge an NGOs (nicht zuteilbar) und an das IKRK	130.3	77.4
Regionale und nicht nach Ländern zuteilbare Projekte	598.0	570.3
Total bilaterale APD	1'525.5	1'571.4

Wie in der Vergangenheit geht die bilaterale APD der Schweiz vorwiegend an Länder mit geringem Einkommen und konzentriert sich auf Afrika und Asien. In den letzten Jahren haben ausserordentliche Entschuldungsmassnahmen die geografische Aufteilung beeinflusst. Sieht man von diesen ab, so hat der APD-Beitrag an die verschiedenen Länderkategorien 2007 wenig geändert. Die nicht nach Ländern zuteilbaren Beiträge umfassen Leistungen an regionale Programme und Projekte, Mandate an Entwicklungsorganisationen in den Bereichen Ausbildung, Forschung oder thematische Beratung sowie die Betriebskosten und Logistik in der Schweiz. Die Kosten für die Unterstützung der Asylbewerber zählen ebenfalls zu den nicht zuteilbaren Beiträgen.

Tabelle 9

Multilaterale APD der Schweiz 2007, allgemeine Beiträge (Mio. Fr.)

	2007	2006
Organisationen der Vereinten Nationen	145.4	144.4
Entwicklungsprogramm der UNO (UNDP)	52.0	52.0
Kinderhilfsfonds der UNO (UNICEF)	18.0	18.0
Bevölkerungsfonds der UNO (UNFPA)	12.5	12.5
UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR)	11.0	11.0
UNO-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)	10.0	12.5
UNO-Organisationen, Beiträge teilweise als APD anrechenbar	19.3	16.0
Andere Entwicklungsorganisationen der UNO	22.6	22.4
Internationale Finanzierungsinstitutionen	283.6	289.0
Internationale Entwicklungsagentur (IDA)	200.4	204.5
Afrikanischer Entwicklungsfonds (AfDF)	51.2	55.4
Asiatischer Entwicklungsfonds (AsDF)	13.3	13.3
Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD)	7.1	7.1
Andere Fonds und Finanzierungsinstitutionen	11.7	8.8
Andere Institutionen	66.1	58.4
Globaler Umweltfonds (GEF)	18.8	16.1
Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR)	12.0	12.0
Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF)	8.3	-
Genfer Internationales Zentrum für Humanitäre Minenräumung (GICHD)	8.0	8.0
Globaler Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM)	7.0	6.0
Andere Institutionen	11.9	16.3
Total multilaterale APD	495.0	491.8

Die multilaterale APD umfasst die allgemeinen Beiträge an internationale Entwicklungsinstitutionen, die die DAC-Bedingungen erfüllen, um der APD angerechnet zu werden. Die Beiträge an internationale Nichtregierungsorganisationen (einschliesslich IKRK) zählen zur bilateralen APD.

Der Anteil der multilateralen APD betrug 2007 24 %, was dem seit 2000 beobachteten Durchschnitt entspricht. Die Aufteilung zwischen den drei Säulen der multilateralen APD ist stabil geblieben: Die spezialisierten Agenturen der Vereinten Nationen machen wie in der Vergangenheit rund 30 % aus, die Zahlungen an die internationalen Finanzierungsinstitutionen (IFI) mehr als die Hälfte. Seit 2007 werden die Beiträge ans DCAF der APD angerechnet.

Die **Jahrestagung der Humanitären Hilfe** zum Thema «Early Recovery: Schritte in eine neue Zukunft» widmete sich der frühen Wiederherstellung von Lebensgrundlagen in Katastrophen- und Kriegsgebieten. Rund 800 geladene Gäste nahmen an der Tagung vom 16. März im Kursaal in Bern teil. Anhand von Projekten aus den Einsatzgebieten Libanon, Sudan, Pakistan und der Russischen Föderation (Beslan) wurde aufgezeigt, wie die Humanitäre Hilfe Menschen bei ihren ersten Schritten in den erschwerten Alltag nach Kriegen oder Katastrophen unterstützt.

Die **Jahreskonferenz der Entwicklungszusammenarbeit** vom 14. September in Genf war dem Thema «Jugend und Entwicklung» gewidmet. Die Jugend selbst nahm aktiv und zahlreich teil an der ganztägigen Konferenz, an der erstmals unter dem Titel «We care, you too?» ein Förderpreis für Projekte jugendlicher Initianten zur Überwindung von Armut verliehen wurde. Dass in der Entwicklungszusammenarbeit die Jugend als Akteur und Partner auftreten kann, wurde nicht zuletzt am Beispiel Burkina Faso anschaulicht.

Die **Jahreskonferenz der Schweizer Ostzusammenarbeit** am 15. November 2007 in Luzern fokussierte auf den Schweizer Erweiterungsbeitrag: Was kann unser Land zur Verminderung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichte in der erweiterten EU beitragen? Welche Bedeutung messen die Partnerländer dem Schweizer Beitrag zu? Zu diesen Leitfragen äusserten sich Regierungsvertreter aus der Schweiz und der EU. Die Sicht der Partnerländer wurde eingebracht durch den tschechischen Aussenminister Karel Schwarzenberg, den polnischen Wirtschaftsminister Piotr Grzegorz Wozniak und den litauischen Finanzminister Rimantas Sadzius.

Impressum

Herausgeber

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA),
Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA),
3003 Bern, Tel.: 031 322 44 12, Fax: 031 324 13 48
Internet: www.deza.admin.ch
E-mail: info@deza.admin.ch

Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO),
Eidg. Volkswirtschaftsdepartement (EVD),
3003 Bern, Tel.: 031 324 09 10, Fax: 031 324 09 62
Internet: www.seco-cooperation.admin.ch
E-mail: info@seco-cooperation.ch

Redaktion/Koordination: Jean-Philippe Jutzi, DEZA

Statistiken: Dienst Statistik

Layout: etter grafik+co, Zürich

Fotos: 1. und 4. Umschlagseite: DEZA/Toni Linder (2x);
Seite 4: DEZA/Marc Bleich; Seite 5: DEZA/Marc Bleich;
Seite 6: DEZA/Andrée Noëlle-Pot; Seite 7: DEZA/Annette
Boutellier; Seite 8: DEZA/Toni Linder; Seite 9: DEZA/Marc
Kollmuss

Der Jahresbericht ist in Deutsch, Französisch, Italienisch
und Englisch erhältlich. Weitere Exemplare können bestellt
werden bei: info@deza.admin.ch oder 031 322 44 12.

ISBN 3-03798-081-8
BBL Nummer

Detaillierteres Zahlenmaterial publiziert die DEZA jährlich in der Broschüre «Entwicklungshilfe der Schweiz»
und auf ihrer Internetseite.

www.deza.admin.ch/de/Home/Laender

www.deza.admin.ch/de/Home/Aktivitaeten/Ostzusammenarbeit/Zahlen_und_Fakten

www.deza.admin.ch/de/Home/Die_DEZA/Zahlen_und_Fakten

